

> Fortsetzung von Seite 3

nahm regen Anteil an den aufgeworfenen Problemen. Auch wurde durch ehemalige VP-Angehörige verdeutlicht, dass der Mitgliederbestand ehemaliger Angehöriger der KD Meißen in unserer TIG mit gegenwärtig 40 % zu gering ist, um einen stabilen Mitgliederbestand in der Initiativgemeinschaft ISOR zu gewährleisten. Diesem Anliegen pflichtete der TIG-Vorstand bei und erklärte den gegenwärtigen Mitgliederbestand bis Jahresende um 10 % durch Neugewinnung aus dem ehemaligen Personalbestand der Kreisdienststelle erhöhen zu wollen. Im Wahlvorgang zum TIG-Vorstand sprachen die Beteiligten der alten Leitung ihren Dank und die Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit aus. Einstimmig wurde diese Leitung erneut mit einem zusätzlichen Neuzugang gewählt. Gleichzeitig wurde das Vorstandsmitglied Günter W. Berger als Delegierter zur Vertreterkonferenz zum 12.11.05 gewählt.

Günter W. Berger



Zur Auswertung der Beratung vom 16.02.2005 in Berlin mit ehemaligen Verantwortungsträgern des MfS/AfNS folgten der Einladung der Vorsitzenden unserer TIG **Dresden** und des ehemaligen stellvertretenden Leiters der BV am 30.06.2005, 70 % der ehemaligen Verantwortungsträger der BV Dresden / Kreisdienststellen. Einige waren aus beruflichen oder gesundheitlichen Gründen an der Teilnahme verhindert, nur Wenige blieben unentschuldigt fern. Im Mittelpunkt der Beratung stand die Gewinnung von neuen Mitgliedern für unsere Organisation in enger Zusammenarbeit der ehemaligen Verantwortungsträger der Dienststellen und den Betreuern unserer TIG. Nach einer Analyse des Personalbestandes vom Dezember 1989 der BV und der davon in der TIG Dresden organisierten Mitglieder wurde sichtbar, wir haben noch Reserven für die Gewinnung von neuen Mitgliedern. ISOR-Landesbeauftragter H. Eismann erläuterte nochmals die Notwendigkeit der weiteren Stärkung von ISOR e.V. als eine entscheidende Voraussetzung für die erfolgreiche Weiterführung unseres Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. In Beiträgen wurde unterstrichen, dass persönliche Kontakte mit den Mitarbeitern der ehemaligen Dienstkollektive und ISOR-Aktivitäten wie z.B. Wanderungen, Seniorenfahrten, Wochenendausfahrten u.a. eine wichtige Voraussetzung für den Zusammenhalt sind. Unterstrichen wurde die solidarische Haltung der in unserer TIG organisierten Mitglieder aus den anderen bewaffneten Organen, insbesondere der DVP. Die der Veranstaltung aus unterschiedlichen Gründen ferngebliebenen ehemaligen Verantwortungsträger werden schriftlich über unser Anliegen informiert und sie aufgefordert, sich unseren Aktivitäten anzuschließen.

Günter Wenzel

AG Recht informiert:

BSG: Der höhere Dienstbeschädigungsausgleich ist zu zahlen

Nach einem Urteil des BSG im Jahre 2003 haben viele ehemalige Angehörige der NVA, des MdI und der Zollverwaltung die höhere Zahlung des Dienstbeschädigungsausgleichs beantragt (ISOR aktuell 02/04). Diese Anträge wurden vielfach zurückgewiesen, worauf die Betroffenen Widerspruch erhoben haben (ISOR aktuell 03/04). Nachdem auf Widerspruchsbeklagte geklagt wurde (ISOR aktuell 06/04), wurden noch offene Widersprüche oder Anträge zum Ruhen gebracht.

Jetzt hat das BSG am 7. Juli 2005 erneut entschieden: Die Ablehnung des höheren Dienstbeschädigungsausgleichs ist rechtswidrig, denn sie bezieht sich auf eine vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärte Sonderregelung für Ostdeutsche. Dieser Erfolg soll nun möglichst schnell in entsprechende Nachzahlungen umgesetzt werden. Die Rechtsanwältin Bleiberg und Schippert haben mitgeteilt, dass sie die dazu notwendigen Schritte in den dort vertretenen Klage- und Berufungsverfahren unternommen haben.

Wer wegen seines Anspruchs auf höheren Dienstbeschädigungsausgleich bisher noch keine anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen musste, kann sich nun selbst an seinen Versorgungsträger wenden. Dafür empfehlen wir folgenden Text:

Adresse des Versorgungsträgers
Datum

Aktenzeichen des Versorgungsträgers

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Bundessozialgericht hat am 7. Juli 2005 (B 4 RA 58/04 R u.a.) erneut entschieden, dass der Dienstbeschädigungsausgleich ohne die bisher für Ostdeutsche geltenden Kürzungen zu zahlen ist. Deshalb ist meinem Antrag vom ..2004 (Datum des abgelehnten Antrags) zu entsprechen. Sollte dies nicht umgehend geschehen, behalte ich mir Untätigkeitsklage vor.

Unterschrift

Mit dem Hinweis auf die Untätigkeitsklage soll erreicht werden, dass die Behörden möglichst schnell das Urteil umsetzen. Über das Urteil gibt es bisher nur die Pressemitteilung vom 15. Juli 2005. Erfahrungsgemäß wird das Urteil etwa im Oktober zugestellt.

Aus der Postmappe:

Ich möchte vor allem zuerst die Freunde aus der TIG **Berlin-Treptow** und **Berlin-Köpenick** ansprechen. In diesem Berliner Stadtbezirk stellt sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Siegfried Scheffler, der seit 1990 dem Bundestag angehört, wieder als Direktkandidat für die vorgezogene Bundestagswahl. Gegen Gregor Gysi! In einem persönlichen Gespräch im Januar dieses Jahres mit Scheffler forderte ich ihn auf, wenn die Gesetzesvorlage entsprechend der Auflage des BVerfG-Beschlusses von 2004 gefertigt wird, sich für die völlige Aufhebung des Rentenstrafrechts einzusetzen. So wie er es auch schon persönlich bei der Erarbeitung des Gesetzentwurfes der SPD-Fraktion im Mai 1995 (damals in der Opposition!) mit formulierte! Erstens bestritt er vehement, dass eine solche Formulierung dort drin stand. Und im weiteren sagte er mir klar und deutlich, dass er schon damals politisch nicht hinter einer solchen Forderung gestanden habe. Dem neuesten Veränderungsgesetz gab er im Bundestagsausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem er angehört, seine Stimme. Zur abschließenden 2. und 3. Lesung im Bundestag war er nicht anwesend. Solch ein »Volksvertreter« kann kein Mandat mehr beanspruchen, er hat das gleiche Doppelgesicht wie die gesamte SPD. Liebe Freunde, macht in euren TIG's auf ähnliche Verhaltensweisen der neuen/alten SPD-Kandidaten aufmerksam.

Im übrigen möchte ich noch folgendes zur allgemeinen Information hinzufügen: Der Gesetzentwurf, der schließlich Gesetz wurde, wurde laut MDG Hans-Ludwig Flecken, im federführenden BT-Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung am 11.5.05, auch in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium für Justiz erarbeitet. Das macht doch die Bezeichnung »Rentenstrafrecht« noch glaubwürdiger oder nicht?

Helmut Holfert, TIG Berlin-Treptow

Der Vorstand teilt mit:

Vorstandssitzung 27.07.2005

Der Vorstand begrüßte als Gast Dr. Henry Weiße, der sich die Mühe gemacht hatte, die Wahlprogramme der Parteien und die Forderungen anderer politischer Kräfte, insbesondere linker Gewerkschafter, zur Bundestagswahl zu studieren und auszuwerten. Seine daraus abgeleiteten Einschätzungen und Orientierungen und eine von Dr. Wolfgang Stuchly als Entwurf vorgelegte Erklärung bildeten die Grundlage des in dieser Ausgabe veröffentlichten Artikels des Vorsitzenden der ISOR e.V., Horst Parton.

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Frage, wie die mittlerweile fast 300 Einzelmitglie-

➤ Fortsetzung von Seite 4

der in den alten Bundesländern an der Vertreterkonferenz im November dieses Jahres beteiligt werden können. Er beschloss, zwei dieser Einzelmitglieder als Gäste einzuladen und sie zu bitten, in der Diskussion ihre spezifischen Probleme anzusprechen.

Die anderen Einzelmitglieder sollen entsprechend informiert werden und auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, Fragen, Vorschläge, Kritiken und Meinungen über die eingeladenen Gäste an die Vertreterkonferenz heranzutragen.

Prof. Horst Bischoff berichtete über die bisherigen Ergebnisse der von ihm geleiteten Arbeitsgruppe zur Überprüfung und Überarbeitung der Satzung der ISOR e.V.

Dabei zeichnet sich ab, dass eingebrachte Vorschläge, insbesondere solche zur verstärkten Wahrnehmung der Interessen von Mitgliedern, deren Rentenprobleme bereits gelöst sind, im Rahmen der bisherigen Satzung realisierbar sind. Das betrifft speziell die Intensivie-

rung der Betreuungsarbeit, der Beratungstätigkeit und sozialpolitische Initiativen in enger Zusammenarbeit mit anderen Sozialverbänden und -vereinen.

Die Diskussion dazu wird im Vorstand fortgeführt und einen inhaltlichen Schwerpunkt der Vertreterkonferenz im November 2005 bilden.

Dr. Gerhard Dylla informierte in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Ostdeutschen Kuratoriums der Verbände (OKV), dass die ursprünglich geplante gemeinsame Konferenz des OKV und der PDS anlässlich des 15. Jahrestages des 03.10.1990 wegen der bevorstehenden Bundestagswahl abgesagt werden musste. ISOR wird sich mit einer Delegation an dem Kolloquium der ostdeutschen Verbände und Vereine zur »Bilanz von 15 Jahren Einheit« beteiligen, das am 29.09.2005 stattfinden wird und hier einen Beitrag zu den Erfahrungen und weiteren Aufgaben im Kampf um Rentengerechtigkeit leisten.

Ziel dieses Kolloquiums ist die Formulierung von Forderungen an Regierung und Opposition. Der Vorstand beschloss, die Erklärungen des

OKV und des Alternativen Geschichtsforums zum 15. Jahrestag des Anschlusses der DDR an die BRD zu unterstützen und wird Anfang September 2005 eine eigenen Erklärung aus gleichem Anlass veröffentlichen.

Zu den Dienstbeschädigtenrenten

Am 21. November 2001 hat das Bundesverfassungsgericht die Einstellung der Dienstbeschädigtenrenten durch das AAÜG als verfassungswidrig zurückgewiesen. Seither ist zur entsprechenden Änderung des AAÜG nichts geschehen. Stattdessen haben Regierungsstellen versucht, die Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts für höhere Zahlungen des Dienstbeschädigtenausgleichs zu unterlaufen.

Der ISOR-Vorstand hat sich mit einem Brief vom 7. Juni 2005 an den Bundesratspräsidenten und Ministerpräsidenten Brandenburgs, Mathias Platzeck, energisch gegen die Verschleppung und die Versuche erneuter Verschlechterung gewandt. Unmittelbar danach

➤ Fortsetzung auf Seite 6

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 93. Geburtstag:

Erich Reinbold, Bln.-Lichtenberg

zum 92. Geburtstag:

Else Wiczorek, Bln.-Weißensee

zum 91. Geburtstag:

Gerhard Schuffenhauer, Schwarzenbg.
Werner Kruschwitz, Pirna
Elli Weidauer, Eggersdorf

zum 89. Geburtstag:

Erich Bartel, Hermsdorf
Lieselotte Kleinschmidt, Bln.-Fr'felde
Ernst Möbius, Zeitz

zum 88. Geburtstag:

Gerda Leben, Bln.-Mitte
Horst Schulze, Stralsund

zum 87. Geburtstag:

Wilhelm Ehm, Rostock
Elsa Fahr, Leipzig
Therese Schiewek, Bln.-Weißen.
Walter Wolf, Werdau

zum 86. Geburtstag:

Marianne Lassig, Leipzig
Rudolf Lindenhahn, Leipzig

zum 85. Geburtstag:

Werner Gärtner, Bln.-Köpenick
Kurt Grabowski, Rostock
Kurt Harnisch, Bln.-Prenzl. Berg
Johanna Lehnert, Chemnitz
Ruth Lindner, Plauen
Helmut Michael, Chemnitz
Rudolf Müller, Halle
Heinz Rudolph, Bln.-Lichtenberg
Erich Richter, Lindenberg
Anna Scheller, Werdau
Gertrud Schwarz, Bln.-Fr'felde
Karl Uda, Schwarzenberg

zum 80. Geburtstag:

Hildegard Bachmann, Cottbus
Elfriede Bauer, Halle
Philipp Busch, Bln.-Mitte
Magda Dürr, Bln.-Mitte
Irma Finn, Suhl
Edgar Fischer, Gräfenau-Angstädt
Willi Gehrman, Bln.-Lichtenberg
Günter Habermann, Forst
Kurt Heera, Sondershausen
Mira Jäger, Bln.-Hellersdorf
Ursula Korlek, Bln.-Marzahn
Irmgard Lehmann, Rostock
Franz Liebing, Bln.-Fr'hain
Walter Loeffler, Cottbus
Joachim Neisser, Halle
Heinz Rahnsch, Bln.-Marzahn
Elfriede Schiffner, Mügeln
Ingrid Schneider, Bln.-Mitte
Johannes Stolz, Bln.-Treptow
Wolfgang Tanneberger, Chemnitz
Gerhard Thieme, Dresden
Vera Truhn, Bln.-Pankow
Horst Typmel, Leipzig
Helga Wallner, Leipzig
Edeltraud Winklbauer, Waren

zum 75. Geburtstag:

Jonny Becher, Bad Dürrenberg
Hans-Dieter Behrendt, Pdm.-West
Heinz Beutel, Bln.-Marzahn
Hans Block, Bln.-Marzahn
Tino Birnbach, Bln.-Marzahn
Hilde Braatz, Güstrow
Wolfgang Bretfeld, Chemnitz
Gerhard Droese, Bln.-Fr'hain
Peter Ebel, Bln.-Hellersdorf
Jutta Edelmann, Bln.-Fr'felde
Harald Fischer, Bln.-Lichtenberg

Heinz Fitzek, Bln.-Fr'hain
Helmut Friedrich, Bln.-Hellersdorf
Siegfried Geisler, Neubrandenb.
Rudi Görmer, Bln.-Fr'hain
Harry Goller, Bln.-Hellersdorf
Willi Grewe, Lassan
Joachim Gröger, Quedlinburg
Horst Harrfeldt, Prora
Gerhard Heller, Leipzig
Kurt Hellmich, Rostock
Woldemar Hentschel, Dresden
Harry Hirndorf, Oschatz
Elfriede Janzen, Pdm.-Babelsb.
Achim Kahlmeyer, Bln.-Mitte
Helmut Käßler, Rostock
Laurenz Klimesch, Weißenfels
Klaus-Dieter Köhler, Rostock
Rita Krause, Bln.-Köpenick
Siegfried Krause, Bln.-Fr'hain
Brigitte Kühn, Bln.-Marzahn
Hanni Kufahl, Röbel
Willi Lange, Potsdam-West
Gerhard Lehmann, Bln.-Treptow
Horst Lehming, Cottbus
Luise-Lotte Lochmann, Bln.-Köpenick
Jürgen Mai, Halle
Willi Marquardt, Bln.-Fr'hain
Ingrid Mehlhorn, Bernburg
Joachim Menz, Jena/Weißenbach
Otto Müldner, Wittenberg/Jessen
Gerhard Müller, Bln.-Hhsn.
Erhard Naumann, Chemnitz
Erwin Neumann, Schwedt
Günter Nitz, Neubrandenburg
Manfred Nötzold, Neubrandenbg.
Elvira Paul, Altenburg
Lothar Paul, Halle
Günther Peschel, Halle

Gerhard Pilz, Werdau
Heinz Poick, Rennerdorf
Leonore Pohle, Grimma
Werner Purps, Rostock
Werner Queißner, Cottbus
Arno Rausch, Bln.-Marzahn
Gisela Richter, Bln.-Marzahn
Manfred Richter, Bln.-Köpenick
Heinrich Roitsch, Rostock
Margarete Röske, Grimmen
Edmund Rothbauer, Wrietzen
Ruth Schindelhauer, Bln.-Pankow
Günther Schliebe, Stralsund
Gerhard Scholz, Bln.-Karlshorst
Dr. Karl-Heinz Scholz, Cottbus
Eckhard Schreiber, Stralsund
Wolfgang Schüle, Strausberg
Siegfried Schütte, Strausberg
Kurt Schultz, Bln.-Karlshorst
Hans-Jürgen Schulz, Waren
Joachim Schulz, Cottbus
Werner Schulz, Bln.-Fr'felde
Werner Schwarz, Bln.-Fr'hain
Karl Schymanski, Schönwalde
Anneliese Smetana, Halberstadt
Heinrich Stein, Bad Schandau
Dr. Werner Strauss, Bln.-Hhsn.
Erwin Strecker, Effelder
Walter Telschow, Rostock
Gerhard Thüring, Bln.-Weißensee
Manfred Ullrich, Ilmenau
Ernst Urban, Rostock
Herbert Voigt, Potsdam/Waldst.
Winfried Wähler, Woltersdorf
Rolf Weinhold, Gera
Herbert Werner, Dresden
Georg Winkler, Meißen

> Fortsetzung von Seite 5

ist ein Gesetzentwurf, durch den an der bisherigen gekürzten Zahlung des Dienstbeschädigungsausgleichs festgehalten werden sollte, dem Bundestag erst gar nicht vorgelegt worden. Deshalb hat der ISOR-Vorstand mit einem Brief vom 17. Juli 2005 an die federführend zuständige Bundesministerin für Gesundheit und Sozialordnung, Ulla Schmidt, die umgehende Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts durch die Änderung des AAÜG und des Dienstbeschädigungsausgleichsgesetzes (DBAG) gefordert. Es ist unzumutbar, heißt es in dem Brief, wenn regelmäßig hochbetagten Bürgern der Bundesrepublik Deutschland inzwischen über mehr als ein Jahrzehnt Entschädigung für Dienstbeschädigung für Zeiten vor dem 1. Januar 1997 und sogar immer noch ganz den ehemaligen Angehörigen des MfS/AFNS, entzogen bleibt.

Die Antwort kam überraschend schnell mit einem Brief vom 22. Juli 2005. Das Bundesverfassungsgericht habe für die gesetzliche Neuregelung keine Frist gesetzt. Die verschiedenen Interessen und Gerechtigkeitsvorstellungen der unterschiedlichen Gruppen müssten mit dem Gleichheitsgebot des Grundgesetzes in Einklang gebracht werden. Es sei nicht vorhersehbar, wann und in welcher Form ein Gesetzentwurf eingebracht werde. Nach den jüngsten Erfahrungen der E3-Gesetzgebung heißt das: Die Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts wird weiter verschleppt. Es wird nach einem Weg gesucht, die ehemaligen Angehörigen des MfS leer ausgehen zu lassen.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht die Vorschriften des AAÜG über die Einstellung von Dienstbeschädigungsteilrenten nur deshalb nicht gleich für nichtig erklärt, weil der Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 1996 die Möglichkeit hat, entweder Dienstbeschädigungsausgleich oder die etwas höheren Dienstbeschädigungsteilrenten nachzuzahlen.

Die Verschleppung der Gesetzgebung nehmen wir nicht hin.

Die durch den Entzug von Dienstbeschädigungsteilrenten Betroffenen sollten in Briefen an den Petitionsausschuss, die Ministerin Ulla

Schmidt und andere die Initiative des Vorstands persönlich unterstützen.

Ausgewählte noch anhängige Verfahren werden erneut mit dem Ziel zum Bundesverfassungsgericht gebracht, dass dieses dem Gesetzgeber endlich mindestens eine Frist setzt.

Uns ist bekannt, dass ehemalige Angehörige des MfS, die nach dem November 2001 Rentner wurden, vom Bundesverwaltungsamt Bescheide über die weitere Zahlung ihrer Dienstbeschädigungsteilrente in Höhe des Dienstbeschädigungsausgleichs erhalten haben. Wir rufen alle TIG-Vorstände und Mitglieder auf, umgehend solche Fälle unter Beifügung der Kopie dieses Bescheides an den ISOR-Vorstand zu berichten.

★

Finanzprüfung bei ISOR e.V.

Im Juli 2005 wurde durch das Finanzamt Berlin, Körperschaften I, eine Betriebsprüfung in der Geschäftsstelle der ISOR e. V. durchgeführt. Gegenstand war die sachgemäße Beurteilung aller Finanzvorgänge der Jahre 2001 bis 2003, die richtige und vollständige Kontierung sowie die ordnungsgemäße Abführung von Steuern.

Feststellungen, die steuerliche Konsequenzen oder Auflagen zur Folge haben, konnten nicht getroffen werden. Die Ordnungsmäßigkeit der Finanzbuchhaltung wurde bestätigt.

Der Vorstand der ISOR e.V. dankt den Vorständen der TIG sowie insbesondere den Kassierern und Betreuern, die mit ihrer gewissenhaften Arbeit die Voraussetzungen schaffen, ein ordnungsgemäßes Buchwerk in der Geschäftsstelle zu erstellen.

Dennoch muss bei kritischer Bewertung eingeschätzt werden, dass einige TIG ihre Finanzunterlagen nicht sorgfältig genug führen, so dass in der Geschäftsstelle ein z.T. unnötiger Mehraufwand entsteht, um eine ordnungsgemäße Finanzwirtschaft zu gewährleisten.

Das positive Ergebnis der Betriebsprüfung sollte für alle Vorstände der TIG und Kassensprüfer weiterhin Anlass sein, die Nachweissführung und Abrechnung der finanziellen Mittel des Vereins noch gewissenhafter zu prüfen und immer auf der Grundlage der Finanzordnung zu gewährleisten.



Wir trauern um unsere
verstorbenen Mitglieder



LOTHAR BÄHRING, Bernau
HEINZ BERGMANN, Cottbus
RUDOLF DIENST, Leipzig
WILLI DROGAN, Forst
PETER ERFURTH, Greifswald
HARRY HABERMANN, Schwarzenberg
ROLAND HAMPL, Leipzig
WALTER KIRSCHT, Frankfurt/O
ILSE KOCH, Triepkendorf
ELFRIEDE KRAUSE, Dessau
GERHARD KRAHNEFELD, Schwarzheide
WILLI LEITNER, Bln.-Mitte
RAINER MAI, Dresden
MANFRED MEYER, Erfurt
MARGARETE MUHR, Bln.-Mitte
RITA PAPE, Sondershausen
HERBERT SCHENKER, Chemnitz
GÜNTER SCHMIDT, Bernau
FERDINAND SCHWARZ, Leipzig
GERHARD SKEIB, Schwielowsee/Geltow
HELMUT VATER, Cunewalde
GERHARD VOIGT, Leipzig
HANS WARNCKE, Güstrow
KLAUS WESTMANN, Stralsund
PETER WINNING, Bln.-Fr'felde
RONALD ZIRNSTEIN, Erkner

Ehre ihrem Andenken.

Von Mitglied zu Mitglied:

Biete komfortable Ferienwohnung (55 qm) in **Sellin/Rügen**. 200m zum Südstrand.
Tel. 038303 / 86789

★

Wer kann helfen ?

Für einen philatelistischen Katalog über die bewaffneten Organe der DDR suche ich Briefumschläge mit Anschrift/Absender »1199 Berlin PSF.« 2-stellig für WR F.D. Berlin, sowie Manöverpost der NVA.

Bitte an: Guntram König, Am Mühlfeld 2; 01744 Paulsdorf; Tel. 03504-616393

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudöll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.07.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.08.2005

Einstellung im Internet: 02.09.2005

Auslieferung: 08.09.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:
Donnerstags von 15 bis 18 Uhr